



LINKE STELLT KANDIDATIN ZUR BÜRGERMEISTERWAHL IN FALKENSTEIN

Falkenstein – Zur kommenden Bürgermeisterwahl in Falkenstein werden die Wählerinnen und Wähler eine größere Auswahl haben. Der Ortsverband der LINKEN in Falkenstein stellte am 9. März zu seiner Frauentagsveranstaltung im Hotel Falkenstein seine Kandidatin zur Bürgermeisterwahl vor.

Antreten wird die Stadträtin Kätly Mothes. Damit wirft nun eine junge Frau ihren Hut in den Ring, um den frei werden Stuhl von Arndt Rauchalles neu zu besetzen. Die geborene Falkensteinerin schließt gerade ihre Ausbildung als examinierte Krankenschwester ab und sitzt seit der letzten Kommunalwahl im Stadtrat von Falkenstein.

Kätly Mothes sagt: „Falkenstein kann noch viel schaffen. Es ist Zeit, frischen Wind in diese Stadt zu bringen und

dieser frische Wind will ich sein.“. Der Kreisvorstand der vogtländischen LINKEN begrüßt die Entscheidung von Kätly Mothes.

„Es ist nicht selbstverständlich, dass sich eine junge Frau in der Kommunalpolitik engagieren will. Für alle, die der Meinung sind, dass Kätly die Lebenserfahrung fehlen sollte, kann ich schon jetzt sagen, dass Keiner als Bürgermeisterin geboren wird und eine Ausbildung dazu gibt es nicht. Wir sind uns sicher, dass sie dieser Aufgabe gewachsen ist und viel für ein lebenswertes und liebenswertes Falkenstein für alle Generationen beitragen wird.“, so Janina Pfau, Kreisvorsitzende der LINKEN.

aus dem Inhalt:	LINKE zum Frauentag.....	S. 2
	Bürgerstammtisch in Plauen.....	S. 3
	Im Sozialen kürzen geht nicht.....	S. 5
	KdU Richtwerte Falsch.....	S. 6

DIE LINKE.



Frauentagsfeierlichkeiten in Klingenthal

FRAUENTAG ÜBER GRENZEN HINWEG

Traditionell fand am 07. März 2015 unsere gemeinsame Frauentagsfeier mit den Genossinnen aus der Klingenthaler Partnerstadt Kraslice statt. 25 Frauen feierten in gemütlicher Runde bei Kaffee und Kuchen und unterhaltsamer Musik von Pavel Siegl in den Räumen des Seniorenvereins Klingenthal.

Alle anwesenden Frauen erhielten ein liebevoll gebasteltes Präsent.

Hannelore Berner - Klingenthal

ZUM 25. MAL IN FALKENSTEIN



25 Jahre sind seit der Wende ins Land gegangen. 25 Jahre, in denen wir Frauen aus den neuen Bundesländern, die eine ganz, die andere weniger, uns mit all dem Neuen in unserem Leben zu rechtgefunden haben. Ob die Gleichberechtigung die Alte geblieben ist, musste jede von uns selbst rausfinden. Aber eines ist geblieben: Die Lust, an unseren Ehrentag, dem Internationalen Frauentag, fröhlich miteinander zu feiern.

Und so haben sich an die 90 Frauen am 09.03.2015 im Hotel Falkenstein getroffen zum Feiern. Eingeladen wurden wir zum 25. Male von der Partei DIE LINKE. Die Stadträte der Fraktion haben es bisher nie versäumt, den Frauen aus Falkenstein und Umgebung einen schönen Nachmittag zu bieten mit einem Programm von den Kindern aus dem Knirpsenland, einer Modenschau, in der die neuste Mode, Schuhe, Taschen, Schmuck und Brillen von Falkensteiner Gewerbetreibenden gezeigt wurde.

Ein Quiz gab es auch und natürlich Musik, Kaffee und Kuchen, und aus Anlass des 25. Male eine kleine Flasche Sekt zur traditionellen roten Nelke. Etwas ganz besonderes gab es auch noch: Die Landtagsabgeordnete Janina Pfau stellte die Kandidatin für DIE LINKE zur Falkensteiner Bürgermeisterwahl vor. Die Käthy Mothes ist mit ihren 21 Jahren als Stadträtin tätig. Ihr Alter dürfte kein Hindernis sein, diese öffentliche Funktion auszuführen bei den konkreten Vorstellungen, die sie hat.

Wenn ich so zurück denke, wie schön es jedes Jahr ist, fallen mir viele Frauen ein, die von Anfang an dabei gewesen sind. Viele von ihnen sind lange nicht mehr am Leben. Sicher hinterlassen sie Lücken, aber es kommen immer wieder neue hinzu, sonst wäre am 09.03. im Hotel Falkenstein nicht so ein Gedränge gewesen. Den Stadträten von DIE LINKE gebührt ein großes Dankeschön von allen Frauen für ihr Engagement.

rmö & Rolf Steiniger - Falkenstein

NICHT NUR DER BACHELOR VERTEILT ROSEN

Auch in Plauen wurde anlässlich des Internationalen Frauentag des starken „schwachen“ Geschlecht gedacht. Der Stadtverband der LINKEN in Plauen und die Stadträte waren in verschiedenen Aktionen vertreten. Den Auftakt machte die Frauentagsfeier am 06. März in der Kreisgeschäftsstelle in Plauen. Bei Kaffee und Kuchen wurde über die Rolle der Frau, ihre immer noch große Benachteiligung gegenüber Männern und die aktuelle Politik in der Spitzenstadt gesprochen. Am Samstag, dem 07. März, verteilten dann die linken Plauer Urgesteine Olaf Schmalfluss und Wolfgang Hinz Rosen an die Bürgerinnen. Dabei ergaben sich immer wieder nette Gespräche.

Auf Grund einer Stadtratsentscheidung im November über den verkaufsoffenen Sonntag am 08. März, also am Internationalen Frauentag, verteilten die neugewählten Stadträte Daniel Herold, Tobias Rüdiger und André Hegel Rosen an die Verkäuferinnen im Möbelhaus Biller. Durch den großen Ansturm wegen des 20. Europäischen Bauernmarkt war es eine Aktion, welche auch von vielen Bürgerinnen und Bürgern bemerkt und wertgeschätzt wurde. Bemerkenswert fand ich auch, dass an einem solchen Tag, welcher auch sozialdemokratisch wichtig sein sollte, zwei SPD-Stadträte den verkaufsoffenen Sonntag im Biller zum Einkaufen nutzten.

André Hegel - Stadtrat Plauen

FEMINISTISCHE KUNDGEBUNG IN PLAUEN

Am Sonntag, dem 08.03.2015, jährte sich zum hundertsten Mal der Internationale Frauentag. Für uns war es auch im Jahr 2015 ein Frauen*kampftag und so waren wir an diesem sonnigen Nachmittag in der Plauener Innenstadt mit einer Kundgebung präsent, denn Gerechtigkeit lässt sich nun mal unserer Meinung nach nicht durch verteilte Blumen herstellen. Der internationale Frauen*kampftag steht für das Ringen um rechtliche, politische, wirtschaftliche und kulturelle Gleichstellung, sowie für Teilhabe und für ein selbstbestimmtes Leben frei von Diskriminierung und Gewalt – gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur.

Frauen sind in der heutigen Gesellschaft nicht nur von Sexismus betroffen, sondern sind im Kapitalismus meist schlechter gestellt als ihre männlichen Kollegen. Wir fordern eine konsequente Gleichstellung von allen

Geschlechtern und solidarisieren uns mit den Frauen*kämpfen auf der ganzen Welt, wie in Bangladesch und Rojava. Jede dritte Frau in Europa war schon Opfer männlicher Gewalt. Wir stellen uns gegen eine Normalisierung von sexualisierter Gewalt gegen Frauen und gegen patriarchale Herrschaftsstrukturen. Während von CDU bis AfD Schwangerschaftsabbrüche stigmatisiert werden, fordern wir eine Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen weltweit, sowie den kosten- und rezeptfreien Zugang zur Pille danach und zu Verhütungsmitteln.

Auch wenn der große Andrang zu unserer Kundgebung ausblieb, war es



dennoch ein gelungener Tag für uns. Wir konnten zahlreiches Werbematerial verteilen, mit einigen Passant_innen ins Gespräch kommen oder natürlich per Straßemalkreide unsere feministischen Positionen auf dem Postplatz hinterlassen. Erfreulich war es auch, dass einige Statuen in Plauen sich dem Tag entsprechend verkleideten. In Zukunft wollen wir daran arbeiten noch mehr junge Menschen für unsere Aktionen zu mobilisieren, denn das Patriarchat lässt sich gemeinsam viel besser bekämpfen. :)

*Paul Gruber - Linksjugend [solid]
Vogtland*

BÜRGERSTAMMTISCH IN PLAUEN



Ende Februar führte der Stadtvorstand der Partei DIE LINKE Plauen wieder einmal einen sogenannten Bürgerstammtisch durch. Eine Veranstaltung, deren Sinn darin bestehen soll, mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ins Gespräch zu kommen, ihre Sorgen und Ideen kennenzulernen und ein Vertrauensverhältnis zur Bevölkerung herzustellen und zu vertiefen. Auf ein spezielles Thema wie im vergangenen Jahr verzichteten wir diesmal, um einen breiteren Raum an Diskussionsbedarf zu ermöglichen.

Für spezielle Fragen unterstützte uns der stellvertretende Parteivorsitzende von Sachsens LINKE, Stefan Hartmann, und auch die Kreisvorsitzende und

Landtagsabgeordnete Janina Pfau mit ihren Kenntnissen aus dem Sächsischen Landtag. So gab es unter den 25 Personen einen sehr regen Gesprächsbedarf quer durch alle angesprochenen Themen wie Pegida und ihre Ableger, zur Finanzkrise in Griechenland, zum Krieg in der Ukraine, zum Ausbau von Straßen in Plauen, zum Haushalt der Stadt und zur Wiederbesetzung einer Planstelle des Sozialbürgermeisters in der Stadtverwaltung. Natürlich gab es zu einigen Schwerpunkten auch unterschiedliche Auffassungen, aber dies gehört meiner Meinung nach zu einer guten Diskussionsgrundlage dazu. Keine Frage blieb durch die Mitglieder des Stadtvorstandes, der Stadt- und

Kreisräte, unserer Landtagsabgeordneten oder durch Stefan Hartmann unbeantwortet.

Leider war im Vorfeld die Ankündigung durch die örtlichen Tageszeitungen etwas zu schwach und wir hätten uns auch über eine Berichterstattung gefreut, aber der Erfolg dieser Aktion bekräftigte uns, diese Art von Bürgerstammtischen in unregelmäßigen Abständen weiter zu führen und neben Infoständen diese Kommunikation im gemütlichen Ambiente mit den Einwohnern weiter zu führen.

*Olaf Schmalfuß
Stellv. Stadtvorsitzender Plauen*

DIREKTE DEMOKRATIE? JA – ABER!

DIE LINKE sollte sich auf notwendige Bedingungen konzentrieren!

Wenn nun endlich die schon seit Jahren von der LINKEN geforderte Direkte Demokratie immer wieder auch von anderen Kräften gefordert und diese Forderungen in den Medien wiedergegeben werden, könnten wir doch jubeln.

**NEUES VON DAR
META**

Ne Dienstooch hamm siech de Meta und iehr Plausische Freindin, de Neideiteln nach langer Zeit widder e moll in Falknstaar getroffen un annar Imbissbud bei den scheen Wetter nei de Sonne gesetzt, Kaffee getrunken, Erdäpfelkuug gessen und gewaaft, wie dess alte Weible su machn.

Na, Meta, du guggst heit su, wie wenn de en Fliengschwamm varschluckt hättst. Woas is denn los? Ach, Neideiteln, mar kaa ner noch miet ne Kopf schitteln, wenn mar woas iebere Vuuchtlandkreis in dar Zeitung lesen tut. Do hamm ses Geld vom KEV un dar DSGVO jahrelang hie u her geschoom un fier sinnlosn Mist varplempart, bis ses ball alle woar. Un Kaa Sau hott e woas arfahrn weil alles geheim gemauscht worn ist. Un Itze hamm se en Haufn Schuldn wie frieher de preißeischn Majore und glotzn siech aa, wie de Ochsnfresch wenss donnart!

Do hoste, raacht, soocht de Neideiteln. Aber hoste aa gelesn, dess se siech fier 43.500 Euro en neie Brieföffnerautomat kaafn tunne? Wie haast es doch su schee, „Kaa Geld zar Lausalbe aber grueße Töne spucken“.

Iech kaa mar aa kaa Geschirrspülmaschine kaafen, weil mei Geld dodazu net langt un muss mein Aufwasch wie seit ewischen Zeitn innar Aufwaschschüssel machn, Do fällt mar fei aa kaa Zackn aus dar Krone.

Iech kaa ner su viel ausgehm, wie iech aufn Konto hoo u net mehr. Wenn ner unner Landrat un seine Kreisrät dess endlich aa e moll begreifen tätn.

Dieter Riedler – Leubnitz

Wenn heute von direkter Demokratie gesprochen wird, kann die gegenwärtig praktizierte „parlamentarische“ Demokratie nicht gemeint sein. Denn dort geht es ja nur nach dem „Gewissen“, und wo ist das bei vielen Gewählten, wenn es an Interessen- und Lobby-Verbände abgegeben wurde? Es geht eben nicht nach dem Willen der Wähler, denn sonst würde eine Rechenschaftspflicht der Abgeordneten gegenüber den Wählern in Wahlgesetzen und Verfassungen stehen. Kriegeinsätze wie gegen Jugoslawien, in Afghanistan und anderswo, Wirtschaftsembargo gegen Russland, Bankenrettung statt wirklicher Unterstützung für die „Völker des Südens“, Waffenexporte in den nahen Osten einschließlich Israel, aber auch EU-Gesetze, Rente erst ab 67 und Hartz-Gesetze wären bei einer echten direkten Demokratie so nicht „durchgekommen“!

Weil die Bundestags- und Landtags-Mehrheit oft nicht die Meinung der Mehrheit der Wahlberechtigten vertreten, wird gefordert, über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide sowie andere Formen von Direkter Demokratie Mehrheitsmeinungen durchzusetzen. Dazu sollen die Bedingungen verbessert werden. Richtig so! Aber es darf nicht nur über Quoren gesprochen werden, vielmehr muss auch über Zeiträume der Unterschriftensammlung und darüber gesprochen werden, dass nicht jeder/jede, der/die sich beteiligen möchte, erst ins Amt gehen muss!

Nur wird mir bisher vergessen, dass eine solche Basisdemokratie nur mit besserer Volks-Bildung und objektiver, umfassenderer Information über Hintergründe/Vorteile und Nachteile über anstehende Entscheidungen sinnvoll ist. (Siehe TTIP) Warum informieren

denn die sogenannten „Leitmedien“ kaum oder nicht über Hintergründe weltweiter Flucht und Vertreibung? Müssten sie dann nicht auch über die auf die Wahrung deutscher Wirtschafts-Interessen gerichtete Außen- Kriegs- und Entwicklungspolitik berichten.

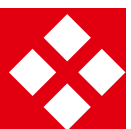
Dass die EU die Mittelmeerstaaten, also auch das ausgeblutete Griechenland „verdonnern“ die dort ankommenden Flüchtlinge zu behalten, also für sie auch materiell aufzukommen, dass die EU durch die Abschottungspolitik zig Tausende Menschenleben auf dem Gewissen hat, dass die reiche BRD unter den doch bis Deutschland gekommenen Flüchtlingen nur nach ihrem „Gebrauchswert“ für die Wirtschaft selektiert – und über weitere menschenverachtende Methoden, auch bei deren Unterbringung – darüber müsste mehr berichtet werden. Dann wären sicher auch die „Volksmeinungen“ zur gegenwärtigen Asylpolitik anders als heute. Es beweist sich – Wissen ist Macht, also soll „das Volk“ nicht alles wissen, damit „die da oben“ ihre Macht erhalten können. Auch deshalb sollten wir bei Meinungsumfragen nach den Wert von Demokratie immer fragen: welche Demokratie meinen Sie? Lässt man die wichtigen Vorworte „bürgerliche“ oder „parlamentarische bzw. repräsentative“ weg, kann man schnell Fehlurteile fällen!

Im Übrigen beginnt direkte Demokratie für mich bereits bei Teilnahme an Einwohnerversammlungen, öffentlichen Beratungen gewählter „Volksvertretungen“ und vor allem an Wahlen. So lange allein ein öffentlicher Aushang bereits als „frühzeitige Bürgerbeteiligung“ gilt, kann ich nicht von Demokratie sprechen.

Peter Jattke – Treuen



Wir brauchen eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
16. April 2015

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

IM SOZIALEN IST KÜRZEN EINFACH NICHT MÖGLICH

Seit bekannt wurde, dass es im Haushalt des Landkreises Probleme gibt, kam das Zauberwort »globale Minderaufwendungen« ins Spiel. Das bedeutet, dass in jedem Teilbereich des Haushaltes pauschal um ein Prozent gekürzt werden sollen. Ich halte diese Rasenmähermethode für einen Schnellschuss, welcher nicht die finanziellen Probleme des Landkreises löst, sondern sie im Gegenteil verschleppt und verschlimmert.

Besonders im sozialen Bereich ist eine einprozentige Kürzung schlichtweg nicht möglich. Die meisten Bereiche sind Pflichtaufgaben und müssen erledigt werden, so dass Kürzungen nur auf Kosten der freiwilligen Aufgaben oder der MitarbeiterInnen gehen kann. Hier wurde aber schon gekürzt. Gemeinsam mit der LIGA wurden diese

Kürzungen im freiwilligen Bereich erarbeitet, weitere Kürzungen sind nicht möglich. Alle, die im Bereich Soziales sowie Kinder- und Jugendarbeit die freiwilligen Aufgaben des Vogtlandkreises umsetzen, leisten sehr gute Arbeit. Kürzungen können und dürfen hier nicht hingenommen werden. Denn sie übernehmen Aufgaben in Bereichen, aus denen sich der Staat zurückgezogen hat, die aber dringend benötigt werden. Hilfe für Menschen, die wirklich unsere Hilfe brauchen.

Um die Kreisfinanzen wieder unter Kontrolle zu bringen, hilft es nicht überall ein Prozent einzusparen. Hier müssen langfristige Veränderungen her. Diese Veränderungen heißt aber nicht, mit einer Erhöhung der Kreisumlage den vogtländischen Kommunen noch mehr Geld aus den Taschen zu ziehen.

Es muss an der Struktur gearbeitet werden. Sind die Strukturen des Landratsamtes mit seinen einzelnen Ämtern überall noch sinnvoll? Muss der Vogtlandkreis weiterhin einen Flugplatz in Hof finanzieren, obwohl dieser keinen Wert für die vogtländische Wirtschaft hat? Ist es sinnvoll, Geld für Blitzeranlagen für fest installierte Blitzer auszugeben, wobei die eigene Bevölkerung weiß, wo diese stehen und eine Region, die um Touristen wirbt, diese nicht mit roten Blitzern begrüßen sollte. Es gibt viele Bereiche, an denen angesetzt werden könnte, aber es muss der Wille dazu bei den Verantwortlichen da sein.

Janina Pfau - Kreisvorsitzende



MÜLL UND KEIN ENDE Zwei Worte zum „Vogtlandboten“ März 2015

© Burkard Vogt / pixelio.de

Oh ihr bösen bösen Plauener!! Ihr produziert Müll ohne Ende, wehrt euch partout gegen das wunderbare Abfallwirtschaftssystem des Kreises und seid nicht in der Lage, kostendeckend die Müllentsorgung zu kalkulieren. So habt ihr ein Millionenloch gerissen und fordert noch, dass der Altkreis das stopft.

Sachlich ist sicher vieles von Thea Wolff richtig dargestellt. Aber Entscheidendes ist ausgeblendet. Waren die Plauener zu blöd zu kalkulieren? Haben sie das Millionenloch vielleicht mit Absicht an den Kreis gereicht? Was ist denn nun die eigentliche Ursache für das Desaster?

Zum 01.01.2009 ging mit der Kreisgebietsreform die Hoheit über Abfallwirtschaft und Gebühren an den Vogtlandkreis über. Und zu diesem 01.01. auch ein Betrag von rund 1,9 Millionen Gebührenrücklage, der bis dahin im Plauener Rathaus bestand. Die Plauener Gebührenkalkulation stammte aus dem Jahr 2005 und war für die Jahre bis 2013 beschlossen.

Basierend auf der Kalkulation der Entsorgungskosten des damaligen Zweckverbandes. Grundlage war u.a. der Behandlungs- und Entsorgungspreis der Abfallbehandlungsanlage in Oelsnitz. Und das ist der Knackpunkt, den Thea Wolff ausklammert. Nach meiner Kenntnis an allen Gremien vorbei wurde 2009 oder 2010 der Preis pro Tonne um rund 70 Prozent erhöht, um die Rückzahlung der Baukredite an den Kreishaushalt zu sichern und damit eine mögliche Insolvenz der die Anlage betreibenden Müllfirma DSG zu vermeiden. Das musste natürlich jede Kalkulation platzen lassen. Und zu diesem Zeitpunkt hatte Plauen längst nicht mehr die Hoheit über die Gebühren und hätte sie gar nicht erhöhen können. Das war jetzt Sache des Kreises.

Über diese Abfallanlage in Oelsnitz ließen sich Bücher schreiben. Sie ist wohl ein Musterbeispiel für den Bauchklatscher von öffentlich-privaten Partnerschaftsprojekten. Die meisten der Kreis- und Stadträte hatten sich blenden und verführen lassen von den wun-

derbaren Worten des damaligen Chefs der DSG und Landrats-Intimus Fredo Georgi. „Alle Risiken trägt die Partnerfirma“, so tönte es: das Mengen-, Auslastungs- und finanzielle Risiko. So stand es wohl auch in Verträgen. Nur eines nicht: Das Risiko der Insolvenz des privaten Partners. Und die kam. Und auch eine drastische Erhöhung der Bausumme. Und so kam eine Anlage, die die ökonomischen Parameter nie erfüllte. Aber dieses Desaster wollte man sich halt nicht eingestehen.

Dass im Vorfeld der jetzigen Abfallsatzungen der Mieterbund gemeinsam mit dem Plauener Verein Haus und Grund und Stadträten lautstark Protest anmeldeten, ist aus meiner Sicht nachvollziehbar. Letztlich war es eine Fehlentscheidung der politischen Gremien, die zum avisierten Systemwechsel und zur deutlichen Gebührenerhöhung geführt hätte. Die Fortsetzung des Ringens um Gebühren und System steht nun wieder im Raum.

Klaus Jäger - Stadtrat Plauen

KDU-RICHTWERTE FÜR HARTZ IV-EMPFÄNGER

nicht rechtskonform ermittelt

Situation:

Das Sozialgesetzbuch schreibt vor, dass die Jobcenter und Sozialämter die Bruttokaltmieten für Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger in voller Höhe bezahlen müssen, wenn diese angemessen sind.

Die Höhe der Angemessenheit, die sogenannten KdU-Richtwerte, muss der kommunale Träger alle 4 Jahre neu ermitteln lassen.

Die kommunalen Träger sind die Landkreise und die kreisfreien Städte, ihre Hauptorgane sind deren Kreistage bzw. Stadträte. Sie (bzw. die von ihnen laut Hauptsatzung festgelegten Ausschüsse) haben die Höhe der KdU-Richtwerte in den erforderlichen Zeitabständen zu beschließen.

Für die Ermittlung der Angemessenheit gibt es Rechtsvorschriften, vor allem sind das §§ 22 bis 22c SGB II bzw. §§ 35 und 36 SGB XII und Urteile des Bundessozialgerichtes.

Problem:

Die meisten Verwaltungen der Landkreise und kreisfreien Städte legen ihren Kreis- bzw. Stadträten zwar einen Beschlussentwurf zu den neu ermittelten KdU-Richtwerten vor und lassen die Ermittlung auch durch Vertreter der beauftragten Firma erläutern, eine gründliche Diskussion findet aber häufig nicht statt, entweder weil die Kreis- bzw. Stadträte nicht über dafür

erforderliche Kenntnisse verfügen oder weil eine kritische Diskussion von der Mehrheit der Stadt- bzw. Kreisträte und/oder den Vertretern der Verwaltungen nicht gewünscht ist. Auch Anträge auf Verschiebung der Beschlussfassung auf die folgende Sitzung, so dass eine intensivere Beschäftigung mit der Problematik und eine Befragung von Fachleuten möglich würden, finden meist keine Mehrheit. Infolgedessen werden die Vorlagen der Verwaltung meist ohne Korrekturen beschlossen und damit für die Jobcenter zu verbindlichen Vorschriften.

So geschehen auch im Vogtlandkreis: In der Sitzung des zuständigen Kreistagsausschusses (dem Gesundheits- und Sozialausschuss), wurden am 22. Januar 2015 nach nur kurzer Diskussion mehrheitlich die von der Landkreisverwaltung vorgelegten neuen KdU-Richtwerte mehrheitlich beschlossen. Ein Antrag auf Verschiebung der Beschlussfassung war zuvor mehrheitlich abgelehnt worden. Fachleute gehen aber davon aus, dass die Ermittlung der Richtwerte mit Rechtsfehlern behaftet ist mit dem Ergebnis, dass viele Richtwerte zu niedrig sind (Davon mehr im nächsten Vogtlandboten).

Ausweg:

Ist mit der Beschlussfassung im Kreistagsausschuss das Ziel, Rechtskonformität der KdU-Richtwerte durchzusetzen, unmöglich geworden? Nein! Jetzt helfen nur noch erfolgreiche Klä-

gen gegen Inhalte und Methoden der KdU-Angemessenheitsermittlung! Klageberechtigt sind allerdings nur Betroffene, die Rechtsschutz nötig haben, also Hartz IV- oder Sozialhilfeempfänger, die einen Teil ihrer Bruttokaltmiete aus ihrer Regelleistung oder dem Freibetrag eines Zuverdienstes zahlen.

Wir müssen also alle Möglichkeiten nutzen, Betroffene über anzunehmende Fehler der KdU-Richtwertermittlung zu informieren! Das war z.B. das Thema unserer letzten Bürgerversammlung des Sozialforums Göltzschtal.

Besonders wichtig ist, diejenigen über wahrscheinliche Ermittlungsfehler aufzuklären, die Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger beraten! Dafür bietet der Sprecherrat des Sozialforums Göltzschtal Informationsveranstaltungen an, natürlich überall im Vogtlandkreis. Für die Arbeitsloseninitiative ALI ist eine solche Veranstaltung z.B. im Mai geplant.

Falls ihr interessiert seid oder Interessenten kennt, hier sind unsere Mailsadressen: dorthea.wolff@arcor.de (meinen Vornamen bitte wie angegeben ohne zweites o schreiben!) oder k.kosche@web.de. Wir helfen gern!

Dr. Dorothea Wolff - Auerbach



LUPART UND WIRRE LESERBRIEFE

Ulrich Lupart ist Bürgermeister von Reuth, zweiter Vize des Oelsnitzer Oberbürgermeisters, Stadt- und Kreisrat der DSU. Ende des Jahres reiht er sich unter Pegida Demonstranten in Dresden und brüllte die üblichen rassistischen und nationalistischen Parolen lautstark mit. Zu recht forderten die Jusos Vogtland den Rücktritt von seinem Amt als Vize der Stadt Oelsnitz. So weit so gut.

In den darauf folgenden Tagen und Wochen erschienen haufenweise Leserbriefe als Antwort auf die Pressemitteilung der Jusos. Bis auf einen waren es rein sinnlose Pöbelbriefe in denen man damit "argumentierte", dass die Jungsozialist_innen doch keine Ahnung hätten, da sie die DDR nicht miterlebt hatten und man hängte ihnen sogar eine ideologische Nähe zur SED und ihrem Stalinismus an. Für einige ist Lupart wahrscheinlich auch allein deshalb "unfehlbar", da er 1989 an der Besetzung der SED Kreisleitung in Oelsnitz beteiligt war.

Diese wirren Leserbriefe haben bei mir für viele "Kopf-Tisch-Momente" gesorgt. Es ist einfach nur absurd, die Kritik der Jusos an Luparts Nationalismus und seiner Pegida-Nähe als unberechtigt hinzustellen nur auf Grund ihres Alters. Desweiteren ist es einfach nur traurig, dass sich mal wieder die bürgerliche Mitte hinter diesen DSU-Ulrich stellt und ihn weiter als ihren Helden aus Wende Zeiten ansieht. Ulrich Lupart ist kein Held, sondern ein Nationalist, der wahrscheinlich ohne seinen "Antikommunismus" nicht weit gekommen wäre nach der Wende. Den Jusos ist für ihre gute Stellungnahme zu danken und der Lupart-Fanclub sollten endlich mal selbst merken, was für einen Schwachsinn er von sich gibt.

Paul Gruber - Plauen

DIE LÜGENPRESSE und wo das hinführen kann

Gestern Abend [16.03.2015 Anm. d. Red.] beim Fernsehen gab es in einer bekannten Talkrunde u.a. einen Vertreter von BILD.de, was mich wieder einmal veranlasst ein paar Gedanken zu Papier zu bringen.

Es ging um die Finanzkrise in Griechenland und teilweise auch um die Berichterstattung in diesem Zusammenhang. Mit „Pleite-Griechen“, „Griechen-Raffkes“ und „Gier-Griechen“ schürt man den Worten des Bild-Reporters nach, keine Vorurteile und hetzt gegen ein ganzes Volk auf, sondern kritisiert die Arbeit der Bundesregierung. Etwas Dümmeres hab ich dem Zusammenhang noch nicht gehört. Ich frage mich ohnehin schon länger ob das nicht unter den Tatbestand der Volksverhetzung fällt und somit nicht mehr von der Presse- und Meinungsfreiheit gedeckt wäre.

Vor dem Hintergrund wie über die ohnehin genug gebeutelte griechische Bevölkerung hergezogen wird und vor Artikeln wie zum Wintermarkt/Weih-

nachtsmarkt in Berlin bekommt der Pegida-Schlachtruf „Lügenpresse“ gleich ein anderes Bild. Die nachträglichen Versuche des Herrn Lupart seine Äußerungen dazu auch gegen dieses Wurstblatt zu richten sind in dem Fall aber wohl eher lächerlich. Dieser Mann war nicht in Dresden um gegen die Bild-Zeitung zu demonstrieren, sondern weil ihm anscheinend einer abgeht wenn er unter Leuten ist die die gleichen Ressentiments schüren wie er.

Dass allerdings die Pegida am meisten von der so genannten Lügenpresse profitiert, ist denk ich auch unumstritten. Die Wintermarkt/Weihnachtsmarkt -Geschichte war nur eines der Aufhänger welche die Bewegung erst mit Nährboden versorgte. Und wie das bei einem Stamm-tisch-Rassisten ankommt wenn in einer von Deutschlands größten Tageszeitungen solche Artikel stehen, kann sich auch jeder denken. Es wird das Bild erzeugt, dass die Mitte der Gesellschaft so denkt und je mehr das Ganze dann aufgebauscht wird umso

LINKE FÜR ABWAHL VON LUPART

Mit Verwunderung und Beschämung reagiert die Stadtratsfraktion der LINKEN in Oelsnitz auf das öffentliche Auftreten des 2. stellvertretenden Bürgermeisters Ulrich Lupart.

In einem Amt, welches die Stadt Oelsnitz repräsentiert, erwarten wir in jedweder Situation ein politisch korrektes Auftreten. Die Sympathisierung mit den Anhängern der PEGIDA in Dresden, mag aus Sicht eines DSU-Stadtrates verständlich sein, Nichtsdestotrotz ist aber die Verwendung von Wortformulierungen, die von der unsäglichen nationalsozialistischen Herrschaft zur Unterdrückung der freien Meinungsäußerung genutzt wurden, seitens der im Land arbeitenden Medien, aufs schärfste zu verurteilen.

Aus unserer Sicht hat damit Herr Lupart das Ansehen der Stadt Oelsnitz enorm geschädigt. Wir erwarten von Herrn Lupart keine scheinheilige Rechtfertigung, sondern als einzige nachvollziehbare Reaktion, seinen Rücktritt als 2. stellvertretende Bürgermeister von Oelsnitz.

Waltraud Klärner - Fraktionsvorsitzende

mehr normale Bürger denken dann das es die Wahrheit wäre. Ein Teufelskreis der gefährlich enden kann.

Denn schon einmal gab es eine Zeitung die sich „frei von jeder Parteizugehörigkeit“ zum Wegbereiter des Bösen machte und aus meiner Sicht wird der Unterschied zwischen Stürmer und Springer immer kleiner. Beide hetzen und haben den Schuldigen für alles Übel in diesem Land in einer Religion bzw. in einer anderen Nation ausgemacht. Damals waren es die Juden und Polen, heute sind es die Muslime und die Griechen.

Maik Schwarz - Jöbnitz

MINDESTLOHN OHNE WENN UND ABER?

Mehrere Jahre kämpfte DIE LINKE für die Einführung des Mindestlohns u.a. als Schutz für die vielen ehrlichen Unternehmen, die ihren Leuten faire Löhne für gute Arbeit zahlen. Diese Unternehmen werden durch den Mindestlohn vor Konkurrenz von jenen geschützt, die ihre Mitarbeiter zu Dumpinglöhnen beschäftigen. Seit dem 1. Januar 2015 gilt er nun. Nach Meinung der LINKEN kommt dieser Schritt sehr spät – eigentlich zu spät, wenn wir auf unsere europäischen Nachbarn schauen. Und auch einige der jetzt aufflammenden öffentlichen Diskussionen haben ihre Ursache darin, dass die Entwicklung zu lange in die falsche Richtung ging. Bürokratiemonster, die in einigen Medien heraufbeschworen werden, Geschäfte, die nun eher schließen müssen, ein drohender Arbeitsplatzabbau und die Debatte um Trickereien zur Umgehung des Mindestlohns bilden den Grundtenor. Dieser rückt jedoch aus dem Blickfeld, was für einen wichtigen Schritt die Bundesrepublik mit der Einführung des Mindestlohns getan hat. DIE LINKE streitet für einen Mindestlohn ohne Wenn und Aber. Seine Einführung kann nur der Beginn der Rückeroberung sozialer Leitplanken sein. Denn grund-

sätzlich gilt: Geschäftsmodelle, die darauf basieren, dass man Leute arbeiten lässt, die davon aber nicht leben können, sind unsittlich. Denn das heißt, dass die Unternehmen zu Lasten Dritter wirtschaften. Sie wollen die Arbeitskraft des Menschen, aber seinen Unterhalt sollen andere zahlen; die Familie oder der Staat, also wir alle. Wir halten das für unmoralisch.

Warum die Einführung des Mindestlohns nur ein erster Schritt sein kann, erläutert Sabine Zimmermann (Abgeordnete und Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Soziales im Deutschen Bundestag).

Über die praktischen Auswirkungen des Mindestlohns sprechen Wolfgang Müller (Inhaber eines Handwerksbetriebs) und Wolfgang Häbler (Taxi-Genossenschaft Plauen).

wann: 14. April 2015,
17 Uhr

wo: „Alte Feuerwache“
in Plauen, Neundorfer Straße 3,
Raum 23

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die im April ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

Thomas Götzloff	Pausa	09.04.
K. Pfeffer	Triebel	01.04.
W. Netzsch	Netzschk.	28.04.
H. Wolf	Klingent.	21.04.
Gudrun Wagner	Plauen	13.04.
Joachim Möckel	Auerbach	11.04.
Helga Kasten	Plauen	19.04.
Willi Unger	Plauen	22.04.
J. Gruschwitz	Reichenb.	26.04.
Inge Bille	Plauen	21.04.
Werner Böttger	Plauen	13.04.
Edeltraud Streit	Plauen	25.04.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

TAG DER BEFREIUNG

Während die Stadt Plauen und viele Medien über den 8. Mai 1945 nur vom „Kriegsende“ schreiben, ist für den Verband der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) dieser Tag immer noch der Tag der Befreiung Deutschlands und Europas vom Hitlerfaschismus.

Der Kreisverband Vogtland des VVN-BdA führt dazu zwei Veranstaltungen durch:

08.05.2015, 10.00 Uhr, Plauen, Hauptfriedhof, am sowjetischen Ehrenmal eine Kranzniederlegung

08.05.2015, 17.00 Uhr, Reichenbach, Bürgerholz an der Waldstraße, eine Gedenkkundgebung gegen Krieg und Faschismus

Wir laden zu beiden Veranstaltungen

INTERESSANT?!

"Eine der ersten Ortsgruppen der NSDAP außerhalb Bayerns wurde im Oktober 1921 in Plauen gegründet. Während des Krieges befanden sich mehrere Zwangsarbeiter- und Außenlager des KZ Flossenbürg in Plauen und lieferten Arbeitssklaven für wichtige Rüstungsbetriebe. Plauen wurde stark durch alliierte Luftangriffe getroffen, so dass am Ende 75% der Stadt in Trümmern lagen."

Quelle: dasjahr1945.de

die Vogtländerinnen und Vogtländer herzlich ein. 8. Mai 2015: Wer nicht feiert, hat verloren!

Peter Giersich - VVN-BdA Vogtland

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 18.03.2015, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 16.04.2015. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.